

GR. Bernhard Kraxner

19.11.2009

A N F R A G E

Betr.: Gestaltung eines gemeinsamen Innenhofes

Es gibt seit Jahren die Bemühungen, die Innenhöfe so gut wie möglich zu erhalten und wo gewünscht eine gemeinsame Nutzung dieser grünen Oasen in der Stadt zu ermöglichen.

Im konkreten Fall geht es um ein Wohnbauprojekt der Firma WEGRAZ auf den Gründen der ehemaligen Sargtischlerei zwischen dem Schönaugürtel und der Oberen Bahnstrasse, welche sich gleich neben einer Liegenschaft mit Gemeindewohnungen befindet.

Laut der Stellungnahme vom Wohnungsamt im Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung vom 23.9.2009 soll es nach Fertigstellung des Bauvorhabens der WEGRAZ zu keinem gemeinsamen Innenhof kommen, da es angeblich an einzelnen Familien der Gemeindewohnungen liege, die diesem Vorhaben negativ gegenüberstünden.

Gerade diese Vorgehensweise wäre im Hinblick auf mögliche soziale Konflikte die falsche, da man mit der Errichtung eines Zaunes jeden sozialen Kontakt zwischen den zukünftig dort wohnenden Familien unterbindet. Man könnte auch sagen: Hier wohnen die Guten und dort die Bösen!

Gerade im hier betroffenen Bezirk Jakomini versucht der Bezirksrat seit Jahren auf die vielen Vorteile von gemeinsamen Innenhöfen durch Rundgänge etc. aufmerksam zu machen, diese Vorgehensweise wäre daher schlichtweg kontraproduktiv. Auch die KollegInnen der KPÖ im Bezirksrat standen solch gemeinsamen Innenhöfen stets positiv gegenüber.

Ich denke, dass es durchaus ein Versuch wert wäre, es zuerst einmal ohne Einfriedung zu versuchen und man erst beim Auftreten von Problemen den geplanten Zaun errichten sollte. Darüber hinaus sollte es auch im Interesse der KPÖ sein, ein harmonisches Zusammenleben verschiedener sozialer Herkunft zu ermöglichen und nicht von vorn herein eine Chance zunichte machen.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e:

Bist Du bereit, die dafür zuständige Wohnungsstadträtin Elke Kahr zu ersuchen, von einer solchen Einzäunung vorerst abzusehen.

GR. Gerda GESEK

19.11.2009

A N F R A G E

Betr: Erstellung eines Kriterienkataloges für
seniorengerechtes Essen

Immer wieder kann man feststellen, dass in manchen Pflegeheimen kein seniorengerechtes Essen an die SeniorInnen, vor allem abends, verabreicht wird. Gerade SeniorInnen bedürfen einer speziellen Ernährung, was Diäten, Vitamine und vieles Mehr anbelangt.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob Du bereit bist, an die zuständigen Stellen heranzutreten, einen Kriterienkatalog für seniorengerechtes Essen erstellen zu lassen, wo vor allem gesunde und regionale Produkte Berücksichtigung finden.

Betr.: Verkehrsmaßnahmen in der Rösselmühlgasse
bzw. Josef Huber-Gasse

Graz, am 19. November 2009

MÜNDLICHE ANFRAGE

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. November 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor einiger Zeit wurden unter dem Aspekt der Erhöhung der Verkehrssicherheit bzw. Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs diverse Maßnahmen in der Rösselmühlgasse und Josef Huber-Gasse gesetzt. So kam es zu diversen Linksabbiegeverboten und zur Errichtung einer eigenen Busspur.

Mögen diese getroffenen Maßnahmen auch den einen oder anderen positiven Effekt erzielen, brachten diese Veränderungen aber auch gravierende Nachteile für die Bevölkerung bzw. die dortige Wirtschaft. Nebst dem Verlust von zahlreichen Parkplätzen sind auch viele Gewerbetreibende durch die nunmehr schlechtere bzw. umständliche Erreichbarkeit in ihrer Existenz gefährdet. Viele dieser neuen Maßnahmen und Markierungen sind logisch nicht erklärbar und daher nicht nachvollziehbar und akzeptabel.

- So darf zwar aus der Hofausfahrt Rösselmühlgasse Nr. 13 kommend links abgelenkt werden, aus dem Nachbarhaus Nr. 11 jedoch nicht!?
- So darf auf der gesamten Strecke stadtauswärts zwischen Griesplatz und Eggenberger Gürtel vielfach links abgelenkt werden, jedoch bei der Dreihackengasse nicht!?
- So existierten zwar in der Josef Huber-Gasse nach wie vor „Blaue Zonen“-Tafeln, gleichzeitig jedoch auch die Hinweistafel, dass diese „Parkspur“ gleichzeitig „Fahrspur“ ist!?
- So darf aus vielen Querstraßen in die Josef Huber-Gasse links abgelenkt werden, jedoch von der Dreihackengasse in die Rösselmühlgasse nicht!?

Dass viele BewohnerInnen / Gewerbetreibende ob dieser unterschiedlichen Verordnungen vehement Änderungen bzw. Rücknahmen fordern, ist berechtigt und nachvollziehbar.

Da die ressortverantwortliche Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rucker trotz heftiger Proteste und hunderter Unterschriften gegen das Linksabbiegeverbot Rösselmühlgasse / Dreihackengasse bis dato keine Kompromissbereitschaft signalisierte, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, auf die Verkehrsreferentin einzuwirken, damit diese endlich Bezirksvorstehung, BewohnerInnen und Geschäftsleute dieses Gebietes einlädt, um gemeinsam Verbesserungspotentiale zu ventilieren und umzusetzen.

Betrifft: Reininghausgründe/Asset One



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Dagmar Krampf
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. November 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie erst gestern wieder der Kleinen Zeitung zu entnehmen war, finden mit Asset One Verhandlungen wegen des Ankaufs der Reininghausgründe statt. Und offenbar sind diese Verhandlungen schon sehr weit gediehen, wenn man das Interview mit Asset-One-Chef Ernst Scholdan genau liest: Es werden Kaufsummen kolportiert, der Asset One-Chef selbst soll – wenn der Deal mit der Stadt abgewickelt sein wird – ebenfalls an Bord bleiben.

Nun reden wir hier nicht vom Ankauf eines kleinen Schrebergartens um ein paar hundert Euro, sondern um eine Investition, die gut und gerne 100 Millionen Euro ausmachen könnte. Auch wenn deine Erstankündigung der Kaufabsicht anderes vermuten lässt: Dein – laut medialer Berichterstattung – spontanes „ich kaufe“ bezog sich ja nicht auf den Geschäfts- oder Privatmann Siegfried Nagl, sondern auf die Verwendung städtischer Gelder. Und daher ist es aus Sicht der SPÖ auch an der Zeit, jene, die den Kauf finanzieren sollen, ein wenig mehr über Umstände und Rahmenbedingungen dieses geplanten Deals zu informieren: nämlich die Grazerinnen und Grazer. Und das idealerweise im Gemeinderat als dem obersten Organ dieser Stadt.

Offene Fragen gibt es jedenfalls sehr viele:

- Wer verhandelt Kraft welchen Mandats mit Asset One seit wann?
- Und: Wer definiert den Wert dieser Grundstücke? Denn bis dato kursieren ausschließlich jene Summen, die Asset One haben möchte. Nun ist es Asset One natürlich nicht zum Vorwurf zu machen, das Höchstmögliche und vielleicht noch mehr aus einem Geschäft mit der Stadt Graz herauszuschlagen. Nur können sich Verhandlungen ja nicht primär an den Preisvorstellungen des Verkäufers orientieren – wurden unabhängige Gutachter beangezogen bzw. besteht die Absicht, solche beizuziehen?

- Dann, eine auch nicht ganz unwesentliche Frage: Sollte man sich zum Kauf entschließen – wie sehen die weiterführenden Überlegungen oder Pläne aus? Ist womöglich daran gedacht, die sogenannten Filetstücke dann an Investoren zu veräußern, während für die öffentliche Hand – was ja nicht zum ersten Mal bei solchen Deals der Fall wäre – die wenig brauchbaren Reste verbleiben?
- Und natürlich: Wie soll überhaupt dieser Kauf finanziert werden?

Seitens der SPÖ besteht natürlich größtes Interesse an einer bestmöglichen städtebaulichen Entwicklung der Reininghausgründe. Wir empfanden es deshalb auch als überaus bedauerlich, dass Asset One – sichtlich auch unter dem Druck infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise – vom Vorhaben, hier einen modernen, zukunftsorientierten Stadtteil zu verwirklichen, zurücktrat. Umso größer ist jetzt die Sorge, dass die Stadt einmal mehr – ich denke in diesem Zusammenhang nur an die Thalia – ein nicht aus dem Trockendock kommendes Schiff zu übernehmen bereit ist, ohne an die finanziellen Folgen, an die weiteren Konsequenzen und an die daraus resultierenden Erfordernisse zu denken.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs
die Anfrage

ob du bereit bist, dem Gemeinderat ehebaldigst Auskunft für den Stand der Dinge der Verhandlungen mit Asset One – insbesondere auch in Zusammenhang mit dem im Motivenbericht genannten offenen Fragen – zu geben.

Betr.: „Cityrunner“

Graz, am 19. November 2009

MÜNDLICHE ANFRAGE

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag^a. Dr.ⁱⁿ Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. November 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die „Cityrunner“ sind, wie sie wissen, die neuen, tollen Straßenbahnen, welche sich aufgrund ihres niederen Einstieges optimal für Fahrten von „Gehbehinderten“ und „Frauen mit Kinderwägen“ eignen und auch dafür gedacht sind.

Das Problem, welches immer wieder auftritt und damit den guten Zweck negiert, ist, dass die Türen zumeist so schnell geschlossen werden, dass auch Fahrgäste ohne Beweglichkeitsprobleme nicht mehr einsteigen können und die Straßenbahn ohne sie abfährt.

Die Fahrgäste sind darüber natürlich erbost.

Ursache für dieses Manko ist, dass wenn seitens des Fahrers die Straßenbahn durch Betätigung der Zentralschließstaste geschlossen wird, ein Öffnen der Tür nicht mehr möglich ist.

Die Organisation der GVB ist damit gefragt, um dieses Problem zu beseitigen.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, im Rahmen ihrer Koordinierungsfunktion

die Anfrage,

werden Sie mit der Organisation der Grazer Verkehrsbetriebe Gespräche führen, damit „Gehbehinderte“, „Frauen mit Kinderwägen“ und auch Fahrgäste ohne Handycaps in die neuen „Cityrunner“ ohne Probleme einsteigen können?

Betr.: Linksabbiegeverbot auf der
Keplerbrücke

Graz, am 19. November 2009

MÜNDLICHE ANFRAGE

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag^a. Dr.ⁱⁿ Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. November 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auf der Keplerbrücke gibt es ein Linksabbiegeverbot für Fahrzeuge.

Dieses Linksabbiegeverbot wird seitens der Autofahrer vollständig negiert. Aufgenommene Fotos, welche in der Zeitschrift „Lend im Scheinwerfer“ abgebildet wurden, verzeichnen innerhalb eines Zeitraumes von 4 Minuten sechs Übertretungen des Linksabbiegeverbotes.

Die Notwendigkeit einer Verkehrsregelung, welche natürlich auch eingehalten wird, ist gegeben und sowohl sinnhaft als auch notwendig. Denn jetzt sind die Radfahrer auf dem über die Brücke laufenden Radweg mehr gefährdet als bevor das Linksabbiegeverbot eingeführt worden ist.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

werden Sie sich entsprechend der gestellten Frage dafür einsetzen, eine sinnhafte und optimale Verkehrslösung für alle Verkehrsteilnehmer im Bereich der Keplerbrücke umzusetzen?

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 19.11.2009

VON

Gemeinderätin Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Dringlicher Antrag „Nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz“ - Petition an das Land Steiermark vom 18.09.2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Gemeinderatssitzung vom **18. September 2008 (!)** hat der Grazer Gemeinderat mehrheitlich eine Petition an den Steiermärkischen Landtag mit folgendem Inhalt beschlossen:

„Der Landtag wird ersucht, von der Landesregierung ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz einzufordern, welches gemeinsam mit der Stadt Graz und unter Mitarbeit unabhängiger ExpertInnen ehest möglich im Sinne der Vorschläge im Motivenbericht entwickelt und umgesetzt wird. Dadurch wird auch ein Schritt zur Umsetzung des unlängst beschlossenen Klimaschutzzieles gesetzt.“

Bis heute, **also 1 Jahr und 2 Monate später**, habe ich keine Antwort auf diese Petition erhalten.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Frage, was Sie zu tun gedenken, damit sich der Steiermärkische Landtag mit dieser Petition befasst und uns eine Antwort zukommen lässt?

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 19.11.2009

von

Gemeinderätin Mag.^a D.I. (FH) Daniela Grabe

Betrifft: BürgerInnen-Ehrungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im vergangenen Jahr hatte ich - auch unterstützt von der Grazer ÖVP/GRⁱⁿ Sissi Potzinger sowie von weiteren GR-Fraktionen - einen Antrag bezüglich der Ehrungen der Stadt Graz für verdiente Bürgerinnen und Bürger gestellt.

Ein Teil dieses Antrages - nämlich der Vorzug weiblicher Nominierungen, solange das Geschlechterverhältnis bei den Geehrten so ungleich ist wie bislang - ist ja erfreulicherweise auch bereits bei der letzten Runde der Ehrungen umgesetzt worden.

Zu einem weiteren Punkt des Antrags, der die Einbeziehung der Grazer Bevölkerung bei der Nominierung von KandidatInnen betrifft (z.B. via BIG-Aufruf), schrieben Sie mir in der Antragsbeantwortung, diese müsse zwischen den Klubs noch verhandelt und besprochen werden.

Daher meine Anfrage: Wie ist der Stand der Dinge bezüglich der Einbeziehung der Grazer Bevölkerung in die BürgerInnen-Nominierungen bzw. welche Schritte sind geplant, um diese parteiübergreifend auszuverhandeln?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

19.11.2009

Betrifft: **Postpartner im Grazer Stadtgebiet**

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach der Schließung von Filialen der Post AG im Grazer Stadtgebiet, so z. B. der Postfilialen Ragnitz, Mariatrost, Peter-Tunner-Gasse, Rösselmühlgasse, Kasernstraße und Triesterstraße haben sich BewohnerInnen dieser Stadtteile mit der Frage an mich gewandt, ob Sie Verhandlungen mit der Post AG aufgenommen haben, um in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen die weitere Beibehaltung einer flächendeckenden, serviceorientierten und umfassenden postalischen Versorgung mittels Einrichtung von Postpartnern zu garantieren und ob Sie bereit sind, alles Mögliche zu unternehmen, um weitere Schließungen von Postfilialen im Grazer Stadtgebiet zu verhindern. So wird von den Medien eine für nächstes Jahr geplante Schließung der Postfilialen Stiftingtalstraße, Lazarettgürtel, Annenstraße, Gaswerkstraße und St.-Peter-Hauptstraße kolportiert.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie sieht es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartnern in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG in Graz aus?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

19. November 2009

Betr.: Fußgängerübergang Flurlwirt

ANFRAGE

Der Flurlwirt in der Puchstraße 164 ist ein - zum Glück noch – gut frequentiertes Gasthaus. Allerdings steht er vor folgendem Problem: Der Parkplatz für das Lokal befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite, einen Fußgängerübergang gibt es aber nicht. Dadurch ergeben sich für die BesucherInnen des Flurlwirts, aber auch für einige AnrainerInnen, oft gefährliche Situationen.

Vor ca. einem Jahr wurden in kürzester Zeit 699 Unterschriften für die „Anbringung eines Fußgängerüberganges auf Höhe Puchstraße 164“ gesammelt, am 2. Feber 2009 wurden diese Unterschriften dem Bürgermeisteramt übergeben. Von Seiten des Straßenamtes wurde dem „Flurlwirt“ mitgeteilt, dass eine Verordnung eines Schutzweges aufgrund fehlender Aufstandsflächen und fortführender Gehsteige nicht möglich ist. Die Schaffung dieser Voraussetzungen sowie die Errichtung einer entsprechenden Schutzwegbeleuchtung müssten vom Flurlwirt privat bezahlt werden. Die Kosten dafür übersteigen aber verständlicherweise die finanziellen Möglichkeiten eines derartigen Gasthauses.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich für die Errichtung eines Schutzweges auf Höhe Puchstraße 164 (Flurlwirt) und der damit verbundenen baulichen Maßnahmen einzusetzen, die den BesucherInnen des Flurlwirts ein gefahrloses Überqueren der Puchstraße ermöglichen, wobei die finanzielle Belastung für den Flurlwirt in überschaubarem Rahmen bleiben soll?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

19. November 2009

Anfrage

Betrifft: **Zweistundenkarte der GVB**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor geraumer Zeit stellte ich den Antrag, die jetzige Stundenkarte des Verkehrsverbundes für die Kernzone Graz in eine Zweistundenkarte bei gleichbleibendem Preis umzuwandeln. Die Stundenkarte, die meist dazu dient, kurze Einkäufe oder sonstige Erledigungen in der Innenstadt zu vollziehen, gewinnt bei einer Verlängerung der Geltungsdauer um 60 Minuten an Attraktivität und befreit die Kunden der GVB aus den Randzonen von Graz von der Sorge, unfreiwillig zum Schwarzfahrer zu werden. Diese Lösung wäre für alle Beteiligten von Vorteil: Für die BenützerInnen, für die GVB sowie die Innenstadtkaufleute und Gewerbetreibenden.

Die Sorge, dass bei Einführung dieser Zweistundenkarte die bestehende Tageskarte schlechter angenommen würde, ist meiner Ansicht nach unbegründet. Im Gegenteil: Man kann dadurch Autofahrer zum Umsteigen auf die GVB bewegen.

Weil in der Angelegenheit Einführung einer Zweistundenkarte keine Bewegung zu sehen ist, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, an den Steirischen Verkehrsverbund mit dem Ersuchen heranzutreten, den Einzelfahrschein in der Kernzone Graz künftig ohne Preiserhöhung als 2-Stundenkarte anzubieten?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2009 von Gemeinderat Christoph Hötzl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.11.2009

Betreff: **Stand der Dinge in Sachen Hochwasserschutz Andritz**
Anfrage an den Herrn Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Angesichts zahlreicher Überschwemmungen zeigte sich in diesem Sommer erneut die Säumigkeit der öffentlichen Hand in Sachen Hochwasserschutz in Andritz.

Allerdings haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause angekündigt, alles zu unternehmen, was der Verbesserung dieses Missstandes dient. Der Öffentlichkeit und zahlreichen Bürgerinitiativen ließen Sie Ihrerseits medial ausrichten, dass Sie diese Angelegenheit als „Chefsache“ betrachten. Neben dem im September beschlossenen Sachprogramm „Grazer Bäche“ gibt es allerdings vor allem in Andritz zahlreiche Sofortmaßnahmen umzusetzen.

Neben dem Planungsstadium und den entsprechenden Baufortschritten sind vor allem die Verhandlungen mit den betroffenen Grundstücksbesitzern von übergeordnetem Interesse.

Ich richte daher namens des FPÖ Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage

Welche Entwicklungen gibt es seit der Gemeinderatssitzung vom September 2009 in Hinblick auf den Hochwasserschutz in Graz unter besonderer Berücksichtigung der prekären Situation in Andritz?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.11.2009

Betreff: **Eingetragene Partnerschaften im Grazer Trauungssaal**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem der Ministerrat die Einführung eines Gesetzes über eingetragene Partnerschaften für homosexuelle Paare beschlossen hat, sind natürlich zahlreiche Stimmen zum Thema laut geworden. Gegenstand der Überlegungen zahlreicher Kritiker ist vor allem die inhaltliche Abweichung von den Bestimmungen des Ehe-Gesetzes und den daraus resultierenden Rechtsfolgen.

Katholisch-konservative Kreise Ihrer Partei wehren sich vor allem gegen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit dem heiligen Bund der Ehe. Persönlich haben Sie im Vorfeld angekündigt, für die Schließung homosexueller Lebenspartnerschaften den Trauungssaal des Grazer Rathauses nicht zur Verfügung stellen zu wollen.

Als Freiheitlicher sehe ich die Angelegenheit weniger von der religiösen als von der gesellschaftspragmatischen Seite.

Den liberalen Staat hat an einer Partnerschaft nicht die Frage zu interessieren, wer wen aus welchen Gründen auch immer liebt und ob günstigen Falls die hohe Geistlichkeit dem frisch vermählten Paar ihren Segen erteilt. Der Staat hat aber naturgemäß ein Interesse am Fortbestand unserer Gesellschaft und vor diesem Hintergrund ist die Ehe in ihrer gegenwärtigen Form eine zu schützende Institution. Diese sachliche Unterscheidung rechtfertigt die Ungleichbehandlung von homosexuellen Lebensgemeinschaften und der Ehe zwischen Mann und Frau.

Aus diesem Grund ist aber auch ihre persönliche Stellungnahme zu diesem Thema für mich von gesteigertem Interesse, daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Werden Sie Ihre Aussage, den Trauungssaal des Grazer Rathauses nicht für Zeremonien zur Schließung homosexueller Partnerschaften zur Verfügung stellen zu wollen auch angesichts eines zukünftigen Anlassfalls in die Tat umsetzen?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2009 von Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.11.2009

Betreff: **Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr**
Freifahrt auf Linien der GVB in Dienstuniform
zum bzw. vom Dienst
Fragestunde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im November des Vorjahres wurde unsere Freiwillige Feuerwehr gegründet. An dieser Gründung waren Du als Bürgermeister der Landeshauptstadt sowie GR Kurt Hohensinner maßgeblich beteiligt.

Seither meldeten sich über 150 Kameradinnen und Kameraden, um sich ehrenamtlich für die steirische Landeshauptstadt Graz zu engagieren und um im Ernstfall ihre erlernten Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Die Freiwillige Feuerwehr Graz wurde gegründet, um die Berufsfeuerwehr im Einsatz-, Großschadens- sowie Katastrophenfall bestmöglich zu unterstützen und zu ergänzen. Die letzten Jahre haben leider bewiesen, dass auch die Steiermark nicht von Naturkatastrophen verschont blieb. Stürme, Hochwasser oder Murenabgänge sind trauriger Anlass für den Bedarf an rasch helfenden Organisationen.

Die Stadt Graz wächst stetig - allein in den letzten Jahren stieg die Einwohnerzahl in Graz um 15.000 Menschen – und im selben Maße steigen die Anforderungen und Einsatzvielfältigkeiten. So soll in Zukunft die Freiwillige Feuerwehr noch intensiver als bisher dazu beitragen, die steirische Landeshauptstadt noch sicherer zu machen. Diese Tätigkeiten werden von den Feuerwehrkameradinnen und Kameraden in ihrer Freizeit absolviert.

In diesem Zusammenhang erscheint es als selbstverständlich, dass auch die Stadt ihren freiwilligen Helfern in logistischer Hinsicht entgegen kommen sollte. Einen kleinen aber wesentlichen Schritt in diese Richtung stellt die GVB-Freifahrt zum bzw. vom Dienst dar.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

gem. § 16 GO

der Landeshauptstadt Graz,

ob Du bereit bist, mit dem Vorstand der Graz AG und den Verantwortlichen der Grazer Verkehrsbetriebe Verhandlungen aufzunehmen, um den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Graz für die Fahrten zum Dienst bzw. vom Dienst eine Freifahrt auf den Linien der Grazer Verkehrsbetriebe zu ermöglichen.